



Gesamtverband Autoteile-Handel

April 2024

Positionspapier des GVA zur aktuellen Situation in Deutschland

Offener Brief an die Minister für Finanzen / Wirtschaft und Klimaschutz / Digitales und Verkehr / Arbeit und Soziales

Deutschland befindet sich sowohl wirtschaftlich als auch politisch in einer äußerst prekären Situation. Im Vergleich mit allen G7-Staaten bildet Deutschland mit seiner stagnierenden Wirtschaftsentwicklung voraussichtlich über einen längeren Zeitraum das Schlusslicht. Hierfür gibt es vielerlei Gründe, die nach Aussage der Bundesregierung vornehmlich im Ukraine-Krieg, in den Energiekosten und in der Weltwirtschaft zu suchen sind. Diese angeführten Ursachen sind aber lediglich als Rahmenbedingungen zu betrachten, mit denen Regierungen in aller Welt umzugehen haben. Ganz offensichtlich gelingt der angemessene Umgang mit diesen Rahmenbedingungen in anderen Ländern deutlich besser, was wiederum die Frage aufwirft, ob die aktuelle Schwäche nicht auch auf eine verfehlte Politik der aktuellen und der Vorgängerregierung zurückzuführen ist. Durch eine vermeintlich moralisch überlegene Politik, die große Teile der Bevölkerung frustriert und abgehängt hat, sind die politischen Ränder gestärkt und geradezu radikalisiert worden. Unsere sogenannte „wertebasierte Außenpolitik“ lässt unser Land und unsere Interessen im Hinblick auf die dramatischen geopolitischen Verwerfungen zwischen USA, Russland und China als weltfremd erscheinen, das von wichtigen Partnern nicht mehr ernst genommen wird.

Die Wachstumshemmer Deutschlands, die Demographie, die Deglobalisierung und die Dekarbonisierung sind seit langem bekannt. Bei einem Wachstumsbeschleuniger, der Digitalisierung, liegt Deutschland leider weit hinten. Das muss sich ändern!

Betrachtet man die einzelnen Probleme im Land genauer, so drängen sich neben den bekannten Problemfeldern **„fehlgesteuerte Migration, überbordende Bürokratie, mangelnde Energiesicherheit, marode Infrastruktur, unzureichende Bildung, mangelnde Digitalisierung, Gesundheitssystem, Clan-Kriminalität, Demographie, Kapitalflucht, Wehrtauglichkeit und Fachkräftemangel“** drei Kernthemen auf:

- **Fehlgeleitete Klimapolitik auf Grundlage falscher Prämissen¹**
- **Abkehr von der Leistungsorientierung und Eigenverantwortung**
- **Überbordende Vorgaben aus der EU**

Mit allen drei Punkten sind gravierende gesellschaftspolitische Verwerfungen verbunden, da sie Vertrauen in den Staat verspielen und volkswirtschaftliche Schäden in Höhe von vielen hundert Milliarden Euro verursachen.

Klimapolitik: Als symbolisch für die fehlgeleitete, ideologisch geprägte Politik wird natürlich für jeden Bürger nachvollziehbar das unsägliche Heizungsgesetz angeführt, das handwerklich

¹[Bundesrechnungshof - Homepage - Energiewende nicht auf Kurs: Nachsteuern dringend erforderlich](#)



Gesamtverband Autoteile-Handel

schlecht gemacht wurde und mit der Wärmepumpe eine technologische Lösung vorgab, anstatt sich lediglich auf CO₂-Vorgaben zu beschränken. Viel gravierender für den Wirtschaftsstandort Deutschland war aber der gleiche Fehler mit der Vorgabe und den volatilen Subventionen für die Elektromobilität, anstatt der Fahrzeugindustrie z.B. über Euro 7/Euro 8 klare Vorgaben für die Reduzierung des CO₂-Ausstoßes vorzugeben. Dies hätte zu einem Wettbewerb der technologischen Lösungen anstatt zu einem Wettbewerb der Elektro-Antriebe und Batterien geführt. Dabei sind die Fragen zur notwendigen Infrastruktur, zur Nachhaltigkeit und den Abhängigkeiten bei den Rohstoffen nach wie vor unbeantwortet. Die wirtschaftlichen Auswirkungen für die deutsche Wirtschaft sind bereits heftig zu spüren – die Fahrzeughersteller sowie deren Zulieferer bauen allein im Jahr 2024 zehntausende gut bezahlte Industriearbeitsplätze ab. Diese Einnahmen werden in den sozialen Sicherungssystemen fehlen.

Leistungsorientierung: In Verbindung mit Corona gab es sehr viele Todesopfer und Long-Covid-Patienten. Es gab auch echte wirtschaftliche Opfer, aber leider auch vermeintliche Opfer. Diese Aussage mag zunächst zynisch erscheinen, sie ist aber mit Blick auf die Subventionen für alle möglichen Branchen bis hin zu den völlig überzogenen Kurzarbeitsgeldern in Verbindung mit gleichzeitigen Milliarden Gewinnen der großen Konzerne leider zutreffend. Corona war der Brandbeschleuniger für eine ausufernde Subventionspolitik, die bis heute nahezu ungebremst fortgesetzt wird. Es hat den Anschein, dass jede noch so unbedeutende Interessensgruppe finanziell unterstützt werden muss. Insolvenzen sind etwas vollkommen Normales in einer funktionierenden Marktwirtschaft. Neue, produktivere Akteure treten in den Markt ein und erneuern die Wirtschaft. So wird Wachstum geschaffen. Durch eine massive Zementierung des Status Quo auf Kosten der Steuerzahler wird zusätzlich das dringend benötigte Wirtschaftswachstum gebremst. Zudem wurden von der Ampelregierung das Bürgergeld und die Kindergrundsicherung eingeführt, deren tatsächliche Verwendung zumindest hinterfragt werden darf. Klar gesagt werden kann, dass das Lohnabstandsgebot verletzt wird. Die Folgen sind bekannt – Arbeit lohnt sich im Niedriglohnsektor nicht mehr, viele Berufsgruppen können bei Beanspruchung aller staatlichen Zuwendungen Einnahmen im Bereich eines Nettogehalts bekommen und zudem noch mit Schwarzarbeit dazu verdienen. Hier stellt sich ein weiteres Mal die Frage: „Wie sollen die sozialen Wohltaten der Bundesregierung finanziert werden, wenn Arbeit so unattraktiv wie möglich gemacht wird?“ Der Ruf nach staatlicher Unterstützung hat sich etabliert und wird gerne gehört. Eigenverantwortung scheint keine Rolle mehr zu spielen und die Leistungsorientierung bleibt auf der Strecke. Parallelen zur Situation Anfang des 21. Jahrhunderts sind unübersehbar und wie damals muss wieder ein Ruck durch die Gesellschaft, ein neuer Aufbruch mit einer Agenda 2030 ausgelöst werden. Als Unternehmerverband wissen wir, dass unsere Mitglieder soziale Verantwortung übernehmen, in dem sie gute Arbeitsplätze schaffen und die Menschen mit Fleiß und Einsatz für sich selbst sorgen können. Sollte jemand nicht für sich selbst sorgen können, muss er zweifellos staatliche Unterstützung erhalten. Die beste Hilfe ist jedoch die Hilfe zur Selbsthilfe, die dazu führt, dass Menschen in Not schnell wieder auf die Beine kommen, statt sie in Unmündigkeit zu halten. Dass nicht immer der Staat etwas für das Individuum, sondern auch das Individuum etwas für den Staat bzw. die Allgemeinheit tun kann, sollte wieder verstärkt in das Bewusstsein der Bürger gebracht werden. Hierzu könnte die Wiedereinführung einer strukturierten Wehrpflicht und alternativ ein „soziales Jahr“ hilfreich sein.

EU-Vorgaben: Kaum ein Land profitiert so stark von freien Märkten und der europäischen Integration wie Deutschland. Wenn die Länder Europas ihre Kräfte bündeln und zusammenarbeiten, kann Europa global bestehen und wirtschaftlich prosperieren - dies trotz der



Gesamtverband Autoteile-Handel

aggressiven Industriepolitik Chinas und der Abkehr der USA von der regelbasierten Weltwirtschaft. Leider schwächen wir uns selbst. Die EU hat mit unverständlichen politischen Vorgaben und ihrer Überregulierung zu einer Lähmung der Wirtschaft beigetragen und das Vertrauen der europäischen Bürger in die Sinnhaftigkeit des Staatenverbundes verspielt. Mit einem BIP in Höhe von 17 Billionen Euro ist sie noch der zweitgrößte Wirtschaftsraum weltweit und verliert aber im Wachstum deutlich gegenüber Asien oder USA. 60 Prozent aller in Deutschland geltenden Gesetze werden inzwischen von der EU vorgegeben, wobei deren Realitätsbezug zu häufig fehlt. Die EU läuft Gefahr, gerade nach der im Juni anstehenden Parlamentswahl sich einer Spaltung bzw. einem Bruch der Einheit zu nähern. Es gibt jedoch ein Gegenmittel: Die Stärkung des EU-Binnenmarktes mit reduzierter, aber einheitlicher und zielgerichteter Regulierung. Wir benötigen eine EU-Politik, die die Innovationskraft ihrer Mitgliedsländer stärkt. Wenn klar ersichtlich wird, welche Vorteile die Europäische Integration jedem Einzelnen bietet, kommen wir aus der schlechten Situation heraus.

Unser Verband vertritt die Interessen seiner ordentlichen und außerordentlichen Mitglieder. Diese sind die vielen überwiegend mittelständischen Unternehmen im Autoteilehandel sowie die wichtigen Zulieferer der Automobilindustrie. Dahinter stehen viele hunderttausend Arbeitsplätze, die aufgrund der beschriebenen Situation gefährdet sind. Wir können diese Entwicklung nicht akzeptieren. Als Unternehmer haben unsere Mitglieder eine soziale Verantwortung für ihre Mitarbeiter, deren Arbeitsplätze nicht wegen unternehmerischem Missmanagement, sondern verfehelter Politik gefährdet sind! Daher rufen wir Sie mit Nachdruck zu folgenden

10 Kurskorrekturen auf:

1. Definieren Sie eine **Agenda 2030** mit signifikanten Einsparungen bei Subventionen und Sozialleistungen. Sozial ist, sozial Bedürftige richtig zu unterstützen, anstatt mit der Gießkanne jeder Klientel gerecht werden zu wollen.
2. Verlagern Sie von den nahezu 40 % des Haushalts für „Arbeit und Soziales“ ca. 5 Prozentpunkte = ca. 10 Mrd. Euro auf die **Investitionen für Schiene, Straßen und Brücken**. Die hierfür vorgesehenen 25 Mrd. Euro reichen bei weitem nicht aus, um den Reparaturstau aufzulösen und die Infrastruktur auszubauen. Hierbei ist es auch dringend notwendig, dass bereitgestellte Gelder für die Umsetzung der notwendigen Projekte abgerufen werden.
3. Setzen Sie wieder das **Leistungsprinzip** gemäß ‚Fordern und Fördern‘ in Gang! Work-Life-Balance ist schön, ebenso die 4-Tage-Woche. Im internationalen Wettbewerb kann aber mit diesen Produktivitätshemmnissen nicht bestanden werden. Insofern müssen wieder finanzielle Anreize für Mehrarbeit, für Überstunden und für längere Lebensarbeitszeit mit Steuererleichterungen bzw. -befreiung gesetzt werden. Gleichzeitig muss die Integration von geeigneten Migranten in den Arbeitsmarkt drastisch beschleunigt werden.
4. Klimaschutz ist nur mit einer funktionierenden Wirtschaft und mit Akzeptanz in der Gesellschaft umsetzbar. Beides ist eng miteinander verbunden. Setzen Sie daher in der EU und national die richtigen Ziele mit einer wohldosierten CO₂-Steuer und nicht mit technischen Lösungsvorgaben. Erlauben Sie eine tatsächliche **Innovationsoffenheit**. Denn Innovation ist Aufgabe der Wirtschaft – nicht der Politik.

5. **Erleichtern Sie die Unternehmen von der Regulierungswut**, dem Eingriff in interne Unternehmensprozesse und überbordenden Vorschriften, Meldepflichten und unsinniger Bürokratie.
6. Lassen Sie **weniger Staat und mehr Unternehmertum** zu! Die KMU machen 90 Prozent aller Unternehmen aus und steuern mehr als 50 Prozent des BIP bei – sie erfüllen mit ihrer regionalen Verbundenheit eine unglaublich wichtige Rolle für den gesellschaftlichen Zusammenhalt.
7. Das Ziel von 15 Mio. Elektrofahrzeugen bis zum Jahr 2030 ist selbst mit einer Steigerung von heute 18 Prozent auf 50 Prozent Anteil bei den Neuzulassungen nicht mehr zu schaffen (es wären dann ca. 11. Mio. Elektrofahrzeuge). Der Trend zu Elektrofahrzeugen ist aber aufgrund der weggefallenen Subvention, der nicht ausreichenden Infrastruktur und der großen Unsicherheit bei den Autofahrern rückläufig. Die Gelder für die Ertüchtigung der notwendigen Stromleitungen sind besser für die **Förderung der Produktion von alternativen CO2-neutralen Kraftstoffen** sowie der Wasserstoff- und Brennstoffzellentechnologie zu investieren. Der Aspekt der fehlenden Nachhaltigkeit von Elektrofahrzeugen, die trotz voll intakter Karosserie- und Fahrwerksstruktur bei verbrauchter oder defekter Batterie verschrottet werden müssen, wird in der öffentlichen Diskussion sowie bei den politischen Entscheidungen komplett vernachlässigt.²
8. Verändern Sie das sogenannte Wachstumschancengesetz zu einem Gesetz mit **substanzieller, nachhaltiger Entlastung** für die Unternehmen!
9. Investieren Sie endlich ausreichend in das wichtigste Gut für die Gesellschaft, Wirtschaft und unsere Zukunft: **Die Bildung!** Fachkräfte von morgen müssen heute ausgebildet werden – mit modernen Lehrsystemen, mit motivierten Lehrkräften und in engem Schulterschluss zwischen Schule, Handwerk und Industrie.
10. Beschleunigen Sie signifikant die **Genehmigungsverfahren** für alle nationalen Infrastrukturprojekte (inkl. Mobilfunk- und Glasfasernetz) mit konstruktiver Einbindung von Bund, Länder und Gemeinden.

Diese Liste könnte bedauerlicherweise noch um sehr viele Punkte erweitert werden. Es gilt nun aber, sich dringend auf die wesentlichen Problemfelder zu konzentrieren und mutige Entscheidungen zu treffen. Wir rufen daher in einem offenen Brief die Regierung und vor allem die vier Bundesminister für Wirtschaft und Klimaschutz, Finanzen, Arbeit und Soziales sowie Digitales und Verkehr zu einem konzertierten Handeln für Deutschland auf, das unter einer Agenda 2030 einer klar definierten Zielvorgabe folgt!

²[Bundesrechnungshof - Homepage - Energiewende nicht auf Kurs: Nachsteuern dringend erforderlich](#)